



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/259 - 6.11.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Hintergründe der Moskautnote	S. 1
Krisensymptom in der USA-Landwirtschaft	S. 3
Hamburg-Senat ohne SPD	S. 5
Katholische Kirche und bayerischer Bauernverband	S. 6

Nicht locker lassen !

Sowjetische Note - an die Adresse Frankreichs

Von Herbert Wehner, MdB

Die Sowjetregierung ist in ihrer Antwortnote vom 3. November nicht auf den ihr von den Westmächten am 18. Oktober unterbreiteten Vorschlag eingegangen, die Außenminister der vier Besatzungsmächte am 9. November in Lugano zu einer Beratung zusammenzutreten zu lassen. Infolgedessen wird diese Konferenz nicht stattfinden.

Während die Westmächte in ihrer Note vom 18. Oktober zu verstehen gegeben hatten, die Konferenz von Lugano könne der Sowjetregierung Gelegenheit bieten, ihre Ansichten über alle Seiten der deutschen und der österreichischen Frage darzulegen, und diese Konferenz könne auch den Boden bereiten für die Erörterung anderer Hauptfragen, macht die neue Moskauer Note eine Viermächtekonferenz abhängig von einer vorher oder gleichzeitig anzuberaumenden Fünfmächtekonferenz, das heißt von der Zustimmung der Westmächte, gemeinsam mit Peking über Korea und andere fernöstliche Fragen zu sprechen. Noch nie vorher hat die Sowjetregierung so deutlich zum Ausdruck gebracht, daß ihr nicht an einer konkreten Beratung der Deutschlandfrage, sondern an einer "Gesamtbereinigung" der Spannungskomplexe überhaupt gelegen ist. Die Deutschlandfrage wird von Moskau nicht, getrennt von anderen Fragen, zur Viermächteverhandlung freigegeben, weil Moskau der Auffassung ist, auf diese Weise die Westmächte zur Fünfmächtekonferenz mit Peking drängen zu können.

Das ist der Kern der Moskauer Antwortnote. Sie läßt die Möglichkeit zu einer Viermächtekonferenz zwar offen, aber sie macht sie abhängig von einer Fünfmächtekonferenz über Fernost- und Weltsicherheitsfragen. Sie gibt gleichzeitig zu verstehen, daß die Sowjetregierung eine Viermächtekonferenz über Deutschland

und die Fortsetzung der Bemühungen um die Ratifikation des EVG-Vertrags für unvereinbar hält. Die Sowjetnote möchte damit vor allem die französische Diskussion über die EVG-Ratifikation entscheidend beeinflussen. So ist es auch zu verstehen, daß diese Note sich in beinahe ausschweifender Breite über die angeblich von der Bundesrepublik her drohende Gefahr einer kriegerischen Aggression und eines "Rovanchefeldzugs" ausläßt. Die deutsche Frage soll nach der Absicht des Kreml zunächst einmal zwischen die Mühlsteine der amerikanischen Abneigung gegen Verhandlungen mit Peking und der französischen Abneigung gegen die deutsche Wiederbewaffnung genommen werden.

Für die deutsche Politik ergeben sich daraus erhebliche Schwierigkeiten. Eine Andeutung dieser Schwierigkeiten erhält man, wenn man die Reaktionen zweier Blätter nebeneinander hält, die beide im Bereich der Partei des Bundeskanzlers, der CDU, wirken. "Rheinischer Merkur", der rücksichtslose Vertreter einer Politik, die man gern "Politik der Stärke" nennt, fragt: "Wie lange will man den Russen noch nachlaufen?" "Der Tag", das in Berlin erscheinende und dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen nächstehende Blatt, befürchtet, die Westmächte könnten "aus ihrer berechtigten Verärgerung übereilte und unüberdachte Konsequenzen ziehen, indem sie einen weiteren Notenwechsel ablehnten". Nach der Ansicht des "Tag" bestehe dafür kein Grund. "Der Tag" unterstreicht vielmehr: "Im Gegenteil. Es muß Aufgabe der westlichen Diplomatie bleiben, nicht locker zu lassen und neue Möglichkeiten zu finden, die Sowjets zur Stellungnahme in ihrer Deutschlandpolitik zu zwingen". Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte schon vor dem Eintreffen der sowjetischen Note das Stichwort gegeben, die Oktobernote der Westmächte dürfte die letzte Note der Westmächte an den Kreml gewesen sein, wenn die Sowjetregierung negativ darauf antwortete; denn - so sagte der Bundeskanzler - "es hat doch keinen Zweck, immer nachzulaufen". Zwischen diesem "Nicht länger nachlaufen!" und dem besorgten "Nicht locker lassen!" bewegt sich die deutsche Politik.

Unbestreitbar ist wohl, daß die Sowjetregierung ohne jede Rücksicht auf die nationalen Rechte und Interessen des deutschen Volkes ihre Entscheidung gefällt hat. Dem Kreml kommt es zunächst darauf an, alle ordentlichen Möglichkeiten der Wiederbelebung einer allgemeinen Furcht und Abneigung einer angeblichen deutschen Aggressionslust gegenüber zu erschöpfen. Die Greuelpropaganda mit der angeblichen deutschen Revanchelust ist für gewisse französische Zwecke wie nach Maß gemacht. Der Kreml weiß natürlich, daß er sich eines Tages wird bereit finden müssen, auch über die Frage der deutschen Wiedervereinigung zu verhandeln. Aber er möchte diesen Termin noch erheblich hinausschieben, um zunächst zu erproben, wie weit er in anderen Ländern Unterstützung findet in dem Versuch, die deutsche Wiedervereinigung zu einer Angelegenheit der Isolierung Deutschlands zu machen.

Auf der anderen Seite muß befürchtet werden, daß sich Washington und London nun völlig darauf versteifen, die EVG unter Dach zu bringen, in der Vorstellung, die Sowjetregierung werde schließlich nur vollendeten Tatsachen gegenüber verhandlungsbereit sein. Eine solche Haltung der beiden angelsächsischen Regierungen würde das Spiel auf dem Draht Moskau - Paris sehr erleichtern. Es wäre nicht abzusehen, wann endlich und ob überhaupt Verhandlungen über die deutsche

Wiedervereinigung stattfinden könnten, wenn man die Entscheidung darüber faktisch den widerstreitenden Kräften der Pariser Politik überließe. So lange die Politik der Westmächte auf dem offenbar toten Gleise der EVG manövriert, hat es Moskau leicht, Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung auszuweichen und sie zu blockieren.

So weit es in den Kräften der deutschen Politik steht, muß sie versuchen, auf das Zustandekommen von Verhandlungen zwischen den Großmächten über die Herbeiführung der Entspannung der Gegensätze hinzuwirken. Sie muß ferner - ohne zu ermüden - jede sich bietende Gelegenheit nützen, um möglicherweise über die Lösung von Teilfragen zur notwendigen Viermächtekonferenz zu kommen. Schließlich muß die Bundesregierung in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich alles zur Erleichterung des innerdeutschen Verkehrs über die Zonengrenze und zur Normalisierung der Verhältnisse tun. Das wird angesichts der künstlichen Wiederbelebung der bankrotten Pankower Marionettenregierung nicht einfach sein, aber es geht um die deutschen Menschen in der sowjetisch besetzten Zone und um Deutschlands Lebensanspruch auf Wiedervereinigung, und angesichts dieser Pflichten darf das falsche Wort vom "Nachlaufen" nicht mehr gebraucht werden.

+ + +

#### Eine Viehzüchter-Karawane in Washington

O.L.-New York, Anf. November

Viehzüchter aus zwanzig Staaten sind in einer "Karawane" nach Washington gekommen, um in der amerikanischen Hauptstadt sofortige Hilfe für die notleidenden Viehzüchter in allen Teilen der Vereinigten Staaten, vor allem im Mittelwesten, Westen und Süden zu fordern. Die "Karawane" erinnert an ähnliche, wenn auch viel stürmischere Versuche verschiedener Gruppen notleidender Amerikaner, in die Hauptstadt zu marschieren und dort persönlich Hilfe von den höchsten Regierungsfunktionären zu erreichen.

#### Ursachen: Die Dürre und die Regierung

Die Krise auf den Viehfarmen ist ein Teil der allgemeinen Schwierigkeiten, mit denen die amerikanische Landwirtschaft seit Monaten kämpft, ohne bisher einen Ausweg aus dem Zusammentreffen von raschen Preissenkungen bei landwirtschaftlichen Produkten und langsam weiter ansteigenden Lebenshaltungskosten zu finden. Das allgemeine Farmeinkommen wird nach gegenwärtigen Schätzungen im Jahre 1953 um sieben Prozent niedriger sein als im vergangenen Jahre. Obwohl die Preise der meisten landwirtschaftlichen Produkte wie Weizen, Mais, Tabak, Baumwolle und Erdnüsse, von der Regierung garantiert sind, sind die Gesamterlöse der Landwirtschaft doch im Sinken begriffen, weil die hohen Preise, die zu Beginn des Korea-Krieges erreicht wurden, nicht gehalten werden konnten - auch nicht mit garantierten Mindestpreisen.

Die gegenwärtige Krise auf den Viehfarmen ist besonders heftig, weil sie mit einer weitverbreiteten Dürre zusammentrifft, die die Farmer zwingt, Vieh zu verkaufen. So haben sich seit dem Sommer Senkungen auf die Hälfte der Preise ergeben, die die Farmer noch vor einem Jahr für Lebendvieh erreichen konnten. Die Farmer, die alle zwanzig Staaten repräsentieren, in denen es Viehzüchter gibt und sowohl die Sorgen der kleinen wie der großen Vieh-Farmer kennen, erzählen von der drückenden Not und den schweren Verlusten. Es fehlt nicht an Kritik der Untätigkeit der Regierung. Manche werfen der Regierung vor, daß sie in den Dürre-Gebieten mit der Verteilung von Futter zurückhalte, um auf diese Weise die Farmer zum raschen Abverkauf zu zwingen. Die Hilfe, die Landwirtschaftsminister Benson, einer der konservativsten Minister Eisenhowers, ein Gegner des bisherigen Farm-Programms und in seinem Herzen ein überzeugter Anhänger völliger Wirtschaftsfreiheit, bisher versucht hat, hilft den Viehzüchtern, wie sie erklären, durchaus nicht: Die Regierung hat nämlich Fleisch aufzukaufen begonnen. Das ist Hilfe für die großen Schlachthäuser, aber nicht für die Viehzüchter.

#### Zu Lasten Eisenhowers

Nachdem Landwirtschaftsminister Benson die von der "National Farmers Union", einer fortschrittlichen und mit den Gewerkschaften eng zusammenwirkenden Farmer-Organisation, zusammengestellte "Karawane" erst einmal zu verhindern versuchte, hat er dann gezögert, mit den Farmern zu sprechen, aber sich schließlich doch dazu bereit erklärt. Die Farmer fordern, daß dieselbe Preisgarantie, die für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse - aber nicht für Lebendvieh - gewährt wird, nun auch auf dieses ausgedehnt werde. Das würde bedeuten, daß die Regierung ebenso, wie sie Weizen oder Baumwolle zu einem garantierten Preis aufkauft, auch das Vieh von den Farmern abnimmt und sie so vor Preisverlusten bewahrt. Gerade diese Maßnahmen hat das Eisenhower-Kabinett bisher für die Viehzüchter abgelehnt. Der Präsident hat das ganze Problem lediglich einer Kommission überwiesen, d.h. praktisch seine Lösung aufgeschoben.

Das Ausmaß der Unzufriedenheit unter den Farmern ist zu einer schweren politischen Sorge für die Eisenhower-Regierung und die Republikaner geworden. Zum ersten Mal seit den Wahlen vor einem Jahr haben die "Pulsfühler" der öffentlichen Meinung festgestellt, daß die Popularität des Präsidenten selbst zurückgegangen ist - um zehn Prozent, wie man festgestellt hat, da man hierzulande alles in Zahlen auszudrücken liebt. Noch stärker ist aber das Mißtrauen gegen die Republikaner gewachsen. Ihre letzten, z.T. sehr schweren Niederlagen bei Nachwahlen, vor allem im agrarischen Staat von Wisconsin und Stimmungsberichte aus anderen Teilen des Landes zeigen, daß die Farmer es schwer bedauern, vor einem Jahr für den republikanischen Kandidaten gestimmt und alle Warnungen der Demokraten überhört zu haben.

Blockherrschaft in Hamburg

s.-Hamburg

In Hamburg ist am Donnerstag eine Vorentscheidung gefallen: Der Hamburg-Block, der Zusammenschluß von CDU, FDP, DP und BHE (der keinen Sitz erhielt, sondern von seinen "Partnern" ausmanövriert wurde), beschloß, ohne die SPD in der Hansestadt zu regieren.

Die Begründung dafür, daß man eine Fühlungnahme mit den Sozialdemokraten gar nicht erst versuchte, ist dürftig: Die SPD erhebe einen Herrschaftsanspruch. Gemeint ist die von sozialdemokratischer Seite geäußerte Meinung, auch bei eventuellen Koalitionsgesprächen müsse man davon ausgehen, daß Max Brauer wieder erster Bürgermeister würde. Schließlich ist die SPD nach wie vor mit 58 Sitzen die weitaus stärkste Einzelfraktion. In Württemberg-Baden hat vor nicht langer Zeit die CDU ihre entsprechende Forderung durchgesetzt.

Der Hamburg-Block erklärte nun eiligst, er würde auch weiterhin eine Fraktion (62 Sitze) bilden. Ein wesentlicher Grund dafür ist, daß man den Platz des Bürgerschaftspräsidenten besetzen will, den bisher der Sozialdemokrat Adolph Schoenfelder innehatte.

Postenbesetzung zeigt sich also als das Hauptanliegen der drei Blockparteien, das entspricht ganz den Vorgängen bei der Bildung der Bundesregierung. Bürgermeisterkandidat Dr. Sieveking sprach Donnerstag bereits von 15 Senatoren, die gewählt werden würden - die SPD war bisher mit 12 ausgekommen. Die Schaffung neuer Ämter ist also in Hamburg ebenso vorgesehen, wie sie ein Kernstück der Bonner Regierungsbildung war.

Hinter den personellen Fragen stehen die sachlichen zurück, erste vorsichtige Rückzieher in der Frage der Schulreform deuten sich schon an. Angeblich hofft man auf diese Weise, mit den Sozialdemokraten, die man andererseits jetzt brüskiert, doch in einigen wesentlichen Punkten zusammenarbeiten zu können. Die SPD dürfte darauf äußerst zurückhaltend reagieren. Wenn nicht alles trügt, wird die kleine Block-Mehrheit, wenn sie so weitermacht, eine äußerst gespannte Atmosphäre in der neuen Hamburger Bürgerschaft erzeugen.

+ + +

Konfessionsaufspaltung auch bei den Bauern

-ng. Der Bischof von Münster hatte das niederrheinische katholische Landvolk zu einer Wallfahrt nach Kevelar aufgerufen. Um die Hintergründe dieser Wallfahrtskundgebung aufzudecken, stellte der Rheinische Landwirtschaftsverband fest:

"Jede Spaltung, ob sie nun aus konfessionellen, aus politischen, sozialen oder anderen Gründen erfolgen sollte, käme einer Selbstverstümmelung des Bauernstandes gleich, deren Urheber im Bauernstand keinen guten Namen haben würden. Sie wäre bestimmt nicht zum Nutzen des Bauernstandes, der sich heute mit seinem zahlenmäßig verringerten Anteil an der Gesamtbevölkerung nur durch seine Geschlossenheit und sein unerschütterliches Zusammenstehen einigermaßen behaupten kann".

Diese Stellungnahme rief wieder den Bischof von Münster auf den Plan, der erklärte, daß von solchen Absichten in Kevelar nicht die Rede gewesen sei. Es ginge dort nicht um die Frage einer Konfessionalisierung, sondern darum, ob die schon seit mehreren Jahren bestehende katholische Landvolkbewegung eine festere organisatorische Form erhalten solle.

Wie sich diese feste organisatorische Form auswirkt, können wir in Regensburg feststellen. Dort wurde auf dem bayerischen Bauerntag der als katholischer Scharfmacher bekannte Dr. Hundhammer, Präsident des Bayerischen Landtages, in das Präsidium des bayerischen Bauernverbandes gewählt, worauf dann auch prompt der Bauerntag ein Abkommen mit der katholischen Kirche billigte, wonach dieser künftig eine Mitwirkung an der Landjugendarbeit des bayerischen Bauernverbandes zugestanden wurde. Der anwesende Regensburger Weihbischof begrüßte natürlich dieses Abkommen und sah darin einen Anfang 'vertrauensvoller Zusammenarbeit'. Die Landjugend selbst sah diese Entwicklung von einer anderen Seite - sie fürchtet um ihre Eigenständigkeit. Bezeichnenderweise mußte oder wollte ihr Obmann, Gustav Sühler, zum Schluß des Bauerntages auf eine Ansprache verzichten.

Nachdem die Landesversammlung dem Abkommen zwischen der katholischen Kirche und dem Bauernverband in Bayern über die Jugendarbeit zugestimmt hat, gibt es in Bayern keine Bauernverbands-Landjugendgruppe mehr. Da eine evangelische Landjugend praktisch noch nicht existiert, ist vorläufig die katholische Landjugend die einzige bäuerliche Jugendorganisation in Bayern. Im Bund der deutschen Landjugend ist die bayerische Landjugend nicht mehr vertreten. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Dr. Andreas Hermes, der sich bisher für eine überkonfessionelle Landjugendarbeit ausgesprochen hat, wird in Kürze mit dem evangelischen Bischof Lilje eine Besprechung führen, in der das Verhältnis des bayerischen Bauernverbandes zur evangelischen Kirche konkretisiert werden soll. Bisher hatte die evangelische Kirche in Bayern an der BBV-Landjugendarbeit nichts auszusetzen gehabt und von sich aus keine eigene evangelische Landjugendorganisation gefordert.

Wahrscheinlich werden wir bald die Aufspaltung der bäuerlichen Organisationen auch in den anderen Ländern der Bundesrepublik mit gemischter konfessioneller Bevölkerung erleben. Der katholische Klerus will es so haben. Ihm ist es gleichgültig, ob die Bauernschaft ihre innere Geschlossenheit verliert.

Verantwortlich: Peter Raunau